

Südafrika: Revolution durch Verhandlungen

Schiel, Tilman

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schiel, T. (1995). Südafrika: Revolution durch Verhandlungen. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen (S. 77-82). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137700>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

III. Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie

Leitung: Hans-Dieter Evers

Gesellschaftliche Umbrüche und Longue Durée

1. Südafrika: Revolution durch Verhandlungen

Tilman Schiel

Nach weitverbreiteter Ansicht war die Entwicklung der letzten Jahre in Südafrika eine Revolution, vergleichbar der großen französischen: Durchsetzung der gleichen Staatsbürgerrechte für alle. Die Parallelen sind auch in weniger auffälligen Bereichen zu finden. In beiden Revolutionen war es das „ancien régime“, das durch eine „Offensive“ der Reformen die eigentliche Revolution einleitete. Für Frankreich hat Tocqueville (1969) gezeigt, wie das „ancien régime“ mit seinem Reformeifer eine wichtige Triebkraft der Revolution wurde. Für Südafrika zeigen Adam und Moodley (1993 - dieses Buch bildet die Grundlage meines Beitrags), daß es die konservative Nationale Partei (NP) war, die - auf Basis von Reformen, welche der Erkenntnis entsprangen, daß die Apartheid aus intrasystemischen Gründen immer schwerer zu halten war - in die „Verhandlungsoffensive“ ging und damit die Revolution startete.

Allerdings ist auch ein Fragezeichen hinter den Begriff „Revolution“ zu setzen: Die alte Herrschaftselite wurde ja nicht gestürzt, ja noch nicht einmal in nennenswertem Umfang entmachtet (obwohl man sich wie Steven Friedman (1994) fragen kann, ob die NP noch die alte Elite repräsentiert, ob die NP überhaupt noch ein notwendiger Partner ist), sondern nur in ihrer Zusammensetzung verändert. Anders gesagt: Die NP kooptierte einfach den ANC in die Machtelite. Die Frage ist nun, wieso die ANC-Führung sich auf die Strategie der NP so bereitwillig einließ. Die Antwort von Adam und Moodley lautet: Die NP überraschte einen darauf unvorbereiteten und organisatorisch schwachen ANC. In dieser Situation mußte der ANC befürchten, daß er alleine die Kontrolle über eine Situation, die er mitverursacht hatte durch seine Strategie, die *townships* unregierbar zu machen, nicht sichern könnte. Ein Zusammengehen mit den Kräften, die über den Verwaltungsapparat und die „Sicherheitskräfte“ verfügten, anders gesagt die Machtteilung mit dem ehemaligen Gegner, schien deshalb der einzige Ausweg.

Gerade die organisatorische Schwäche begünstigte aber beim ANC auch eine zentralistische Organisation zur Unterbindung von Verselbständigungstendenzen. Dieser Zentralismus begünstigte wieder die Kooperation mit der Spitze des „ancien régime“. Überhaupt war (bzw. ist) die ANC-Führung durch etatistisches Denken geprägt. Dies hängt schon eng mit ihrem Selbstverständnis als Befreiungsbewegung zusammen. Befreiungsbewegungen verstehen sich ja nicht als Oppositionsparteien oder -gruppen, sondern als einzig legitimer „Gegen-Staat“. Ihre Strategie zielt darauf ab, den *Staat* insgesamt und nicht nur einfach die Regierung zu übernehmen, um nicht

als Partei, sondern als komplettes System der Herrschaft insgesamt Regierung und Staatsapparat zu beherrschen.

Als Befreiungsbewegung konnte der ANC den Anspruch auf Zentralisierung und Fokussierung aller Interessen auf *seine* Organisation nur im Kampf legitimieren. Nur im Kampf um die Befreiung fielen ja die unterschiedlichen Interessen aller Unterdrückten zusammen in einem einzigen Ziel: die Unterdrückung abschütteln. Als nun der Gegner selbst seine Bereitschaft erklärte, die Unterdrückung aufzugeben, kam der ANC in ein Dilemma. Er löste dies durch eine widersprüchliche Kombination, nämlich Mehrheitsbeteiligung an der Staatsmacht mit gelegentlicher Beschwörung einer weiterhin bestehenden Kampfsituation. Sein Anspruch ist offensichtlich immer noch, Zentrale der Befreiung zu sein und die Kontrolle über die „nationalen Belange“ zu behalten. Deshalb bleibt seine Strategie weiterhin die von zentralen Verhandlungen und zentralen Abkommen. Damit ist ein Konflikt zwischen der etatistischen ANC-Führung und den zivilgesellschaftlichen Strömungen und Organisationen in der Anti-Apartheids-Bewegung vorgezeichnet.

Wohlgemerkt: es war die von der Apartheid aufgezwungene Rolle als Befreiungsbewegung und nicht eine vom ANC aus freien Stücken ins Programm geschriebene Strategie, die diese etatistischen und zentralistischen Tendenzen in der ANC-Führung herbeiführte. Die ANC-Führung mußte (soweit sie nicht eingesperrt war) vom Exil aus agieren, sie hatte keine Möglichkeit, in Südafrika legal gegen die Apartheid zu opponieren. Dies bedeutete zwangsläufig eine Strategie des umfassenden Kampfs gegen das System der Apartheid. Im Rahmen dieses Kampfs strebte der ANC das Ziel an, die *townships* unregierbar zu machen. Die Folge dieser Strategie war, daß in Südafrika, gewissermaßen als Ergänzung und Gegenorganisation zur Unregierbarkeit, eine Welle von Selbstorganisation zu verzeichnen war: Der innere Widerstand gegen die Apartheid schuf sich nolens volens seine eigenen Organisationen. Diese Entwicklung zivilgesellschaftlicher Bewegungen in Südafrika, wiewohl dem ANC verbunden und seine Ziele vertretend, war der zentralistischen ANC-Führung nicht immer ganz geheuer: sie schien zu pluralistisch, zu unkontrollierbar.

Jedenfalls nahm die aus Exil oder Gefängnis heimgekehrte ANC-Führung weiterhin ihre etatistisch-zentralistische Position wahr. Ihrem Selbstverständnis entsprechend war der ANC der wahre Garant für die legitimen nationalen Interessen und sie als seine Führung daher legitimiert, die Revolution durch Verhandlungen mit den Spitzenvertretern des „ancien régime“ voranzutreiben. Andere Kräfte wurden nur zögernd und nur als „Juniorpartner“ beteiligt. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte wurden in die Demokratieverhandlungen nicht direkt einbezogen. Es entstanden zwar „Foren“ (so beispielsweise das *National Economic Forum*, gebildet aus Vertretern der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaftern und Politikern). Diese diskutierten parallel zu den Demokratieverhandlungen und wurden allenfalls beratend einbezogen, aber nicht als Verhandlungspartner anerkannt. Konflikte mit der „externen“ ANC-Spitze und der zivilgesellschaftlichen „Basis“ des ANC in Südafrika waren deshalb von vornherein zu erwarten. Im folgenden sollen die schon sichtbar gewordenen Konfliktlinien nachgezeichnet werden.

Während meines Aufenthaltes in Südafrika im Mai/Juni 1994 wurde eine Konfliktlinie zwischen „externem“ und „internem“ ANC mehrmals sichtbar: Im Zuge der Benennung der ANC-Minister insbesondere für die Schlüssel-Ministerien der neuen „Regierung der nationalen Einheit“ wurde Unmut an der Basis laut, daß die Exilpolitiker den Vorzug erhielten vor den Führungspersönlichkeiten, die in Südafrika den Widerstand gegen die Apartheid organisiert hatten. Insbesondere kam Unmut in der Gewerkschaftsbewegung auf darüber, daß so fähige Gewerkschafter wie

Naidoo und Ramaphosa kein Schlüsselministerium bekamen. Obwohl beide daraufhin „aufgewertet“ wurden, bleibt eine Rivalität zwischen ANC und Cosatu bzw. Einzelgewerkschaften spürbar.

Diese Konfliktlinie zwischen „externer“ ANC-Führung und „interner“ Basis wurde auch sichtbar, als die Gehälter der Regierungsmitglieder bekannt wurden. Hier gab es ironische Stimmen, daß die Politiker sich wohl im Exil an Luxus gewöhnt hätten, während diejenigen, die in Südafrika Widerstand geleistet hätten, sich an Genügsamkeit hätten gewöhnen müssen. Mit Unmut wurde auch gesehen, daß die ANC-Spitze Kompromisse einging, die auf die Interessen der etablierten Wirtschaft Rücksicht nahmen, und daß sie die Basis zur Zurückhaltung bei den (unbestreitbar oft unrealistischen) Forderungen nach möglichst sofortiger Verbesserung ihrer materiellen Lage aufforderte. Nun hatte die Masse der Bevölkerung aber gerade bezüglich ihrer materiellen Bedingungen große Erwartungen an den Machtwechsel geknüpft. Die Enttäuschung war groß, als dann keine raschen Ergebnisse für sie spürbar wurden, während auf der anderen Seite die ANC-Spitze die Privilegierten nicht antastete, sondern eher selbst in die Gruppe der Privilegierten aufstieg.

Durch Weiterführung der Strategie des Zentralismus beschwor die ANC-Führung auch einen Konflikt zwischen *zentralen und dezentralen Interessen* herauf. Sie verhandelt nun auch als stärkste Kraft in der Regierung bevorzugt auf der zentralen Ebene mit anerkannten Spitzenvertretern der zentralen Organisationen und Dachverbände. In der einschlägigen Literatur ist deshalb oft von der Gefahr eines *corporatist state* die Rede. Damit ist ein Staat gemeint, in welchem die gutorganisierten Verbände der Wirtschaft, der organisierten Arbeiterschaft und natürlich der Politik auf höchster Ebene sich über alle wichtigen Dinge einigen und nicht nur die weniger gut oder gar nicht organisierten gesellschaftlichen Strömungen übergehen, sondern selbst ihre eigene Basis nicht genügend mit in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Die schon erwähnten „Foren“ werden oft in diesem Zusammenhang gesehen als Gremien, die der Einigung der organisierten Interessen auf höchster Ebene unter Ausschaltung der Basis mit ihren unrealistischen Hoffnungen dienen sollen.

Zwar gibt es auch auf der lokalen Ebene solche Foren, in denen neben Vertretern von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften auch andere zivilgesellschaftliche Gruppen mitvertreten sind, aber deren politische Mitwirkungsmöglichkeiten sind noch unklar. Selbst für die Provinzen ist ja noch unklar, wieviel Macht ihren Regierungen und Institutionen zugestanden wird. Insgesamt ist aber doch eine deutliche Tendenz zu erkennen, daß die ANC-Spitze sich bzw. der Zentralregierung möglichst viel Einfluß vorbehalten möchte.

Gegen diese Tendenz, alle wichtigen Entscheidungen an der Spitze zentral zu fällen, gibt es wachsenden Widerstand: Örtliche Gruppen, auch solche, die den ANC bisher unterstützten, fühlen sich in ihren Versuchen, lokale Interessen durchzusetzen, nicht überzeugend unterstützt. Auch auf Provinzebene gibt es Unmut, daß die Provinzregierungen dadurch effektiv lahmgelegt sind, daß die „Regierung der nationalen Einheit“ zögert, den Provinzen ausreichende Befugnisse und das entsprechende Budget zuzugestehen. Dieser Unmut ist in den ANC-geführten Provinzregierungen übrigens nicht geringer als in der Inkatha-geführten Provinzregierung von KwaZulu/Natal. Anders gesagt, die organisierte Basis, die bisher auf lokaler und regionaler Ebene die ANC-Politik trug, ist nun nicht mehr so sicher, ob der ANC ihre Interessen auf nationaler Ebene vertritt und fühlt sich sogar in ihrer Gestaltungsmöglichkeit auf der lokalen/regionalen Ebene von „oben“ behindert.

Selbst dem ANC nahestehende Gruppen haben also Probleme, ihre Interessen gegenüber der ANC-Spitze wirksam zu vertreten. Viel größer ist aber das Problem bei den Menschen, die *keine Interessenvertretung* haben: die schwach oder gar nicht organisiert sind bzw. keine Verbindungen zum ANC haben. Nach Schätzung von Adam und Moodley sind dies immerhin die Hälfte der Bevölkerung. Diese schlecht oder nicht organisierten und nicht repräsentierten Gruppen sind zugleich die ärmsten Bürger Südafrikas: die Bewohner der ehemaligen *homelands* und die Migranten, die nach Aufhebung der *influx control* in die Städte umgesiedelt sind. Hier ist auch die Bruchlinie zu sehen, an welcher gewaltsame Konfrontationen am virulentesten sind.

In den städtischen Ballungsgebieten ist diese Gewalt schon deutlich sichtbar. Sie wird verursacht durch die Konkurrenz zwischen den bereits ortsansässigen „Schwarzen“ in den *townships* einerseits und den Arbeits- und Elendsmigranten, die in den *hostels* der Stadtverwaltungen und den *squatter*-Siedlungen hausen, andererseits. Zwischen beiden Gruppen besteht ein erbitterter Wettstreit um die weiterhin allzu knappen Ressourcen. Da in den *townships* der ortsansässigen „Schwarzen“ der ANC mit seiner Unregierbarkeitsstrategie einen besonders fruchtbaren Nährboden gefunden hatte und dort viele Bürgerorganisationen entstanden waren, die sich dem ANC verbunden fühlten, sahen und sehen die Neuzugewanderten, die mit diesen Organisationen im Streit um knappe Ressourcen liegen, den ANC deshalb von vornherein nicht als ihre Interessenvertretung. In der Gauteng-Provinz (dem früher so genannten PWV-Dreieck um Johannesburg), in der viele Migranten Zulus sind, konnte deshalb die Inkatha sich diesen Konkurrenzkampf zunutze machen und politisch ummünzen in die Alternative Inkatha gegen ANC.

In anderen Gebieten, etwa in vielen der ehemaligen *homelands*, gibt es ähnliche Konflikte um knappe Ressourcen auch ohne ethnische Einfärbung der Konflikte und ohne Inkatha als Unruhestifter. Dort gibt es oft keinerlei zivilgesellschaftliche oder politische Organisationen, welche als Interessenvertreter gegenüber der Regierung Forderungen erheben könnten. Hier spielen die „traditionellen Führer“ noch eine besondere Rolle. Diese waren die vom Apartheidssystem bewußt als solche benutzten *power broker* zwischen den „schwarzen“ Bewohnern der *Bantustans* und den verschiedenen „weißen“ Interessengruppen. Die neue Interimsverfassung hat auch hier - wie in vielen anderen Punkten - bewußt unklare Kompromisse geschlossen. So können sich diese „traditionellen Führer“, zusammengeschlossen in ihrem Interessenverband *Contralesa*, zum Zweck der Machtbewahrung auf das weiterhin gültige „customary law“ berufen, auch wenn dieses gelegentlich den Grundsätzen des *Bill of Right* in der Verfassung widerspricht. So wurde kürzlich entgegen grundlegender Persönlichkeitsrechte der Verfassung eine junge Frau, die sich dem Brauch der ohne ihre Zustimmung arrangierten Heirat widersetzte und davor floh, per Gerichtsbeschuß ihrem „traditionellen Führer“ ausgeliefert, damit dieser die Zwangsehe schließen konnte.

Statt sich also von Bürgerbewegungen oder politischen Organisationen repräsentiert zu sehen, sind die Landbewohner auf diese „traditionellen Führer“ verwiesen, auch wenn damit Zwangsverhältnisse, ja Verweigerung von Bürgerrechten verbunden sind. Dadurch wird aber ein großer Teil der Bevölkerung der Demokratie überhaupt entfremdet, von der - aus ihrer Sicht - nichts zu erwarten ist. Hier entsteht ein Nährboden für demagogische Politiker. Vieles wird davon abhängen, ob auch für diese Menschen eine glaubwürdige Interessenvertretung geschaffen werden kann. Nicht, daß Putschdrohungen oder Revolten tatsächlich den Staat gefährden könnten, viel größer ist die Gefahr, daß dadurch die Demokratisierungsbestrebungen abgelöst werden könnten

von einer Strategie der gemeinsamen autoritären Kontrolle durch die jetzigen Machtzentralen (vgl. bereits Adam und Moodley S. 15).

Unter welchen Bedingungen könnte das Problem glaubwürdiger und wirkungsvoller Interessenvertretung gelöst werden? Tatsächlich wäre dafür die Grundvoraussetzung, daß Basisorganisationen, Interessengruppen „vor Ort“, gegenüber den Zentralen der Politik gestärkt würden. Hierbei ist insbesondere die Frage, ob der ANC sich bezüglich seiner eigenen Zukunft für eine „universalistische“ Entwicklung oder für eine „afrikanische Lösung“ entscheidet. Am Anfang wurde der universalistische Charakter der südafrikanischen Revolution hervorgehoben: Wie bereits die französische, so verwirklichte auch die südafrikanische Revolution universelle politische Rechte, das allgemeine Stimmrecht und die universalen Menschenrechte als anerkannte Staatsbürgerrechte. Aber in der Form des ANC als Befreiungsbewegung steckt noch das Risiko eines „afrikanischen Weges“.

In anderen afrikanischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit durch den Kampf von Befreiungsbewegungen errangen, wurde eben dieser Weg eingeschlagen: Nach dem Sieg verstaatlichten sich die Befreiungsbewegungen, ihr Etatismus wurde „officialisiert“. Sie beanspruchten nun, der neue Staat zu sein. Der ANC hat, wie gesagt, ebenfalls solche etatistischen Idiosynkrasien. Er ist daher inhärenterweise nicht besonders tolerant gegen regierungsferne, sich staatlicher Kontrolle entziehende Bestrebungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen dürften deshalb nicht zu den Zielgruppen gehören, die sich einer besonderen Zuneigung des ANC (zumindest der Führung) erfreuen können. Gerade solche Organisationen wären aber notwendig, um Repräsentation derer „da unten“ glaubhaft machen zu können.

Die Hauptgefahr für die Demokratie geht nicht von rechten (und schon gar nicht von linken) Umstürzern aus. Sie liegt vielmehr im Inneren des neuen Regierungsapparates angelegt, in der Uneinigkeit, Unschlüssigkeit, ja Entscheidungsunfähigkeit einer „Regierung der nationalen Einheit“, wie sie 1994 gewissermaßen als erweiterte „Befreiungsbewegung“ gebildet wurde. Wie eine Befreiungsbewegung erhebt ja diese Regierung den Anspruch, alle Kräfte, die für die Freiheit und für das „neue Südafrika“ sind, in sich zu vereinen. Eigenmächtigkeiten und Widersprüche sollen diese Einheit aller freiheitlichen Kräfte nicht stören. Als Führungsorganisation in dieser allumfassenden „Befreiungsbewegung“ fällt es gerade dem ANC schwer, sich in eine normale Partei umzuwandeln.

Einmal erhebt gerade der ANC als bisherige Befreiungsbewegung schon den Anspruch, über Parteiinteressen zu stehen und stattdessen das übergeordnete Interesse zu verkörpern. Dieser Charakter verhindert auch, daß sich der ANC in *eine* Partei umwandeln könnte: Er konnte ja als Befreiungsbewegung nur glaubhaft sein, sofern es ihm gelang, heterogene Interessen (vorübergehend) unter einen Hut zu bringen. Er mußte die realen Widersprüche zugunsten des *einen* übergeordneten Ziels der Befreiung ignorieren. Wegen dieses Charakters als Sammelbecken und „Dach“ konnte der ANC zwar die Führung eines noch größeren Sammelbeckens noch heterogenerer Kräfte werden, eben der „Regierung der nationalen Einheit“, aber er tat dies um den Preis, die Opposition zu verinnerlichen. Er erkaufte die scheinbare Einheit von Regierung und Opposition um den Preis der Unklarheit der Entscheidungen bis hin zur faktischen Handlungsunfähigkeit.

Eine zufriedenstellende Lösung im Sinne der Repräsentation einer möglichst großen Zahl von Betroffenen und damit ihrer konsensuellen Integration in ein demokratisches System kann also

nur in einem gewissermaßen kontrollierten Zerfallsprozeß des ANC liegen. Anders gesagt, der ANC müßte die heterogenen Kräfte, die er bisher in sich zu vereinen gesucht hatte, nun gewissermaßen freigeben. Er müßte zulassen, daß seine heterogenen Komponenten sich in Parteien umwandeln, die klar definierte Interessen statt unklarer Allgemeinansprüche vertreten, und einen entsprechenden Teil der Wählerschaft ansprechen, statt an die Einheit aller Menschen guten Willens zu appellieren. Dies hätte zugleich den Nebeneffekt, daß der ANC in diesem kontrollierten Zerfallsprozeß auch die Führungskräfte wieder freisetzen würde, die er in der jetzigen Phase aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen herausgezogen hat, um als Führungsmacht überhaupt funktionieren zu können. Damit hätte manche Basisorganisation wieder ihre fähigsten Köpfe zurück, die dann glaubhafte Interessenvertretung in die Tat umsetzen könnten.

Solange aber die fähigsten Köpfe solcher zivilgesellschaftlicher Gruppierungen vom ANC absorbiert werden, um die „Regierung der nationalen Einheit“ als *scheinbare* Überwinderin von Interessengegensätzen zu unterstützen, besteht die Gefahr, daß die *grass roots* zu schwach für wirksame Interessenvertretung bleiben. Dies heißt aber auch, daß keine Auseinandersetzung mit den Betroffenen darüber stattfindet, welche dieser Interessen unrealistisch sind und welche in welchem Zeitrahmen realisiert werden können. Solange dies unterbleibt, lauert die Gefahr gewaltsam sich entladender Frustrationen über das Ausbleiben der *revolution of rising expectations*.

Literatur

- Adam, Heribert und Kogila Moodley (1993), *The Negotiated Revolution*. Johannesburg.
 Friedman, Steven (1994), *Holding a Divided Centre: Prospects for Legitimacy and Governance in Post-Settlement South Africa*. Paper for Presentation to the International Political Science Association Sixteenth World Congress. Berlin, August 21-25, 1994.
 Tocqueville, Alexis de (1969), *Der alte Staat und die Revolution*. Reinbek.

Dr. Tilman Schiel, Baldestraße 10, D-80469 München

2. Lifestyle und die Entstehung einer Mittelklasse

Solvay Gerke

Während für westliche Gesellschaften konstatiert wird, daß sich keine lebensweltlich erfahrbaren Klassen und Schichten mehr ausmachen lassen (Michailow, 1994:108) und daher um neue Theorien zur Erklärung gesellschaftlicher Realität gerungen wird, kommt es in vielen Entwicklungsgesellschaften gerade jetzt zu Klassenbildungsprozessen. Gleichzeitig greifen, in Entwicklungsländern genauso wie bei uns, Prozesse der Globalisierung, und die Massenmedien transportieren weltumspannend neue Werte, Stile und Zeitgeiste.

Der wirtschaftliche Aufschwung der asiatischen Länder, an dem bestimmte Teile der Bevölkerung mehr partizipieren als andere, führt zwar zur Klassenbildung, schließt aber keineswegs Umbildungs- und Neuformierungsprozesse aus, die zu einem Gestaltwandel sozialer Integrati-